

PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 14. Mai 2019. „Eine Grundrente ohne Bedürfnisprüfung ist eine Form der Sozialleistung, welche aus dem Steueraufkommen finanziert werden muss“, so Andreas Mau, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU e. V. Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Da nun mit perspektivisch sinkenden Steuereinnahmen der Spielraum des Staates, Rentengeschenke zu verteilen, immer kleiner werde, bestehe die Ernsthaftige Gefahr, dass die Politik die Überschüsse in den Renten- und Krankenkassen in den Blick nehmen.

„Ein solches Vorgehen wäre absolut verantwortungslos und ein Anschlag auf die Beitragszahler“, so Mau. Für mehr Transparenz und um den Bürgern die von Populisten geschürte, oft unbegründete Angst vor Altersarmut zu nehmen, fordert der Wirtschaftsrat ein säulenübergreifendes Renteninformationssystem. „Damit kann jeder sehen, wo er steht und auch beurteilen, was zukünftige Rentengeschenke für die eigene Rentensituation bedeuten.“

In der Rentenversicherung entsprechen die 38 Milliarden Euro Rücklagen knapp zwei Monaten Rentenauszahlung. In den Krankenkassen mit 21 Milliarden Euro Rücklage gibt es einen Monat an Gesundheitsausgaben als Puffer. Der Wirtschaftsrat geht davon aus, dass es schon bei einer kleinen Konjunkturschwäche unmöglich wäre, die Beiträge zur Renten- und zur Krankenversicherung stabil zu halten. Dies gelte ganz besonders, wenn die SPD Minister Hubertus Heil und Olaf Scholz die Rücklagen schon jetzt aufbrauchten. „Der Wirtschaftsrat fordert zwingend eine Bedürfnisprüfung bei der Grundrente, damit hier keine neuen Ungerechtigkeiten entstehen, für welche die Steuerzahler aufkommen müssen.“

Kontakt:

Frank Roller
Landesgeschäftsführer
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Schloßstrasse 23, 19053 Schwerin
Telefon: 03 85/5 95 88 41
Telefax: 03 85/5 55 88 39
E-Mail: LV-MV@wirtschaftsrat.de